

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

18.07.2022

Inhalt

EWN

1 Klimastiftung will 12 Mio. Euro an Nord Stream 2 AG zahlen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 18.07.2022</i>	3
2 Atomkraft hilft eben doch <i>Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.07.2022</i>	4
3 Neue Brennstäbe innerhalb von 15 Monaten denkbar <i>DIE WELT, 18.07.2022</i>	7

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 18.07.2022 | S. 7

 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke

KLIMASTIFTUNG MV UND NORD STREAM

Klimastiftung will 12 Mio. Euro an Nord Stream 2 AG zahlen

Vorstand Selling will Stiftung schützen. Landtagsopposition kritisiert Vorgehen als „fragwürdigen Alleingang“.

Die umstrittene Klimastiftung MV arbeitet an einem Schlusstrich unter ihre Wirtschaftsaktivitäten mit der Gazprom-Tochter Nord Stream 2 AG. Demnach will die Stiftung rund zwölf Millionen Euro an das von der Insolvenz bedrohte schweizerische Unternehmen überweisen. Diese Summe ergebe sich aus der Aufrechnung von Verbindlichkeiten und Forderungen, sagte der Stiftungsvorstand Erwin Selling (SPD) der OSTSEE-ZEITUNG.

„Wir wollen einen Schlusstrich unter das Kapitel Nord Stream 2 ziehen.“ Zuvor hatte die „Welt am Sonntag“ über die beabsichtigten Zahlungen berichtet.

Die höchst umstrittene Stiftung war Anfang 2021 als „Schutzschild“ gegründet worden, um Sanktionen für die an der Fertigstellung der Pipeline beteiligten Firmen zu vermeiden. Mit der Rückzahlung der Summe will der Vorstand verhindern, dass die Stiftung in das für Nord Stream 2 drohende Insolvenzverfahren hineingezogen werde, wie Selling sagte.

Die Nord Stream 2 AG ist akut insolvenzbedroht. Derzeit bearbeitet ein sogenannter „Sachwalter“ die Vorstufe eines Insolvenzverfahrens. Experten zufolge dürfte die Rückzahlung wegen der verhängten Sanktionen aber schwierig und politisch heikel sein.

„Das Sanktionsproblem interessiert uns in der Phase nicht“, verdeutlichte Selling. „Die angestrebte Vereinbarung über die Aufrechnung wäre ein Schutz für die Stiftung.“

Der Grünen-Politiker Hannes Damm kritisierte das Vorgehen als „fragwürdigen Alleingang“. Die Abrechnung müsse durch ein transparentes, rechtssicheres Verfahren in Deutschland abgeklärt werden, sagte Damm.

Es sei zu befürchten, dass der Vorstand jetzt Goodies verteile, um sich aus der Verantwortung ziehen zu können. Geklärt werden müsse unter anderem, ob die Provisionen, die Nord Stream 2 an die Stiftung für die Vermittlung der Aufträge gezahlt habe, auch gegengerechnet worden sind.

Über den Umweg der Stiftung wurden Nord-Stream-Aufträge in Höhe von 165 Millionen Euro an etwa 80 Unternehmen ausgelöst. Laut Selling entfallen die zwölf Millionen Euro auf den Abverkauf von Maschinen, auf Anzahlungen für Pipelinearbeiten, die nach dem 24. Februar nicht mehr ausgeführt wurden, und auf Umsatzsteuererstattungen.

Offene Posten seien noch die „Blue Ship“ und die Beteiligung an der MAR Agency. Das Schiff, das die Stiftung für die Pipelinearbeiten erworben hatte, hat bislang keinen Käufer gefunden. Selling sagte: „Wir gehen davon aus, dass bis Ende August auch dieses Kapitel geschlossen werden kann.“

Zudem wehrt sich die Stiftung gegen die Offenlegung der Namen der beauftragten Firmen, die das Landgericht Schwerin angeordnet hatte. Die Stiftung hat laut Selling Berufung vor dem Oberlandesgericht eingelegt und will parallel zudem die Vollstreckung verhindern. „Ich will die wirtschaftliche Existenz der Firmen nicht gefährden“, so Selling gegenüber der OZ.

In einem mehrseitigen Schriftsatz der Stiftungsspitze an das Landgericht wirft Selling Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) vor, sie betrachte die Klimastiftung als „giftigen Stachel im Fleische des Landes“. Die Folge sei, dass jedem, der mit der Stiftung in Kontakt stehe, der „Makel der Schädigung des Gemeinwohls“ anhafte.

 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 17.07.2022 | S. 1

 Auflage: 220.191 | Reichweite: 735.000

 Morten Freidel

Atomkraft hilft eben doch

Die Bundesregierung sagt, es bringe nichts, die Meiler länger laufen zu lassen. Doch das stimmt nicht.

Glaubt man der Bundesregierung, ist sie nicht grundsätzlich gegen die Atomkraft. Wenn Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen darüber spricht, klingt er aufgeschlossen, nüchtern, nicht wie ein Ideologe. Die Frage nach der Kernenergie, sagte er kürzlich in einem Video, sei eine, "die ja total virulent ist und auch häufig diskutiert wird". Punkt für Punkt geht Habeck durch, was in der gegenwärtigen Krise dafür spricht, Meiler am Netz zu lassen, die Arme locker auf den Tisch gelehnt, das Hemd hochgekremgelt. Am Ende sieht Habeck wenig Vorteile. Wir würden ja, lautet die Botschaft. Aber es bringt halt nichts.

Wer so argumentiert, hat den Vorteil, dass er über Überzeugungen nicht zu reden braucht. Sachzwänge sind objektiv. Ihnen müssen sich alle beugen, auch Kernkraftbefürworter. Die Frage ist nur, ob es sich wirklich um Zwänge handelt.

Eines der Hauptargumente der Ampelkoalition lautet: Deutschland hat ein Wärmeproblem, kein Stromproblem. Das bekräftigte Habeck erst in dieser Woche. Gegen Gasknappheit "hilft Atomkraft gar nichts", sagte er in Wien. Dem widerspricht die Regierung selbst. Sie empfahl großen Unternehmen nämlich kürzlich, sich Notstromaggregate zuzulegen. Würde sie das tun, wenn sie Stromausfälle im Winter für ausgeschlossen hielte? Mark Helfrich, Fachsprecher für Energiepolitik der Unionsfraktion, geht außerdem davon aus, dass viele im kommenden Winter mit Strom heizen werden, zum Beispiel, indem sie Heizlüfter benutzen. Das könnte günstiger sein, als die Heizung aufzudrehen. Erst recht, wenn Gas knapp werden sollte. Schlimmstenfalls könnte es sogar die einzige Möglichkeit sein, die Wohnung warmzuhalten. "Wir sehen ja schon jetzt, dass viele sich einen Heizlüfter im Sommer kaufen", sagt Helfrich.

Wer mit Strom heizt, verbraucht viel Energie, und das an Tagen, an denen kaum die Sonne durchkommt und der Wind nicht weht, Solarzellen und Windräder also wenig bringen. Im schlimmsten Fall könne es al-

so "doch zu einem Stromproblem kommen", sagt Anja Weisgerber von der CSU, Obfrau im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Helfrich hält das Argument der Bundesregierung deshalb für eine "gnadenlose Verkürzung". Und da will sie ausgerechnet auf Atomstrom verzichten, der auch produziert wird, wenn es dunkel und windstill ist, dazu noch klimaschonend?

Ähnlich argumentiert die Regierung, wenn es darum geht, die letzten Reserven aus dem Brennstoff rauszuholen. Das nennt man Streckbetrieb. Die Koalition erklärt ihn so: Im Sommer drosseln die laufenden Atomkraftwerke ihre Leistung, dafür können sie im Winter länger am Netz bleiben. Unterm Strich liefern sie also nicht mehr Energie, nur später. Die Koalition hält das für unsinnig, denn man brauche ja schon jetzt so viel Strom wie möglich, um die Gaskraftwerke zu entlasten und Gas für den Winter zu sparen. Ist der erst mal da, sei es zu spät.

Fachleute verstehen unter Streckbetrieb aber etwas anderes. Es geht darum, den Brennstoff so auszunutzen, dass er über sein geplantes Ablaufdatum hinaus weiter Strom produziert. Dafür werden die Brennelemente neu angeordnet und effizienter genutzt. Sie liefern also mehr Energie als ursprünglich vorgesehen. Der TÜV Süd hat das für das Kraftwerk Isar 2 in Bayern abgeschätzt. Er geht davon aus, dass es bis in den Sommer nächsten Jahres Strom für mehr als 1,5 Millionen Haushalte produzieren könnte. Der Prüfverein geht sogar davon aus, dass es möglich ist, den Block C des Kernkraftwerks Gundremmingen im Land wieder hochzufahren. Mit den noch vorhandenen Brennelementen könne man einen Reaktorkern zusammenstellen, heißt es in dem Papier, der "sämtliche sicherheitstechnischen Randbedingungen erfüllt". Der könnte noch einmal fast genauso viel zusätzlichen Strom liefern wie Isar 2. Damit wären fast drei Millionen Haushalte für ein Jahr versorgt. Wie viel zusätzliche Energie die noch laufenden Meiler im Emsland und Neckarwestheim erzeugen könnten, ist unsicher.

Fachleute sind sich aber einig, dass auch bei ihnen was rauszuholen ist. Der Aufwand wirkt überschaubar. Man muss keinen neuen Brennstoff besorgen, keinen neuen Reaktor bauen, nur Genehmigungen einholen.

Die Bundesregierung sagt allerdings, solche Genehmigungen wären viel zu aufwendig. Man kann die Betriebserlaubnis nicht einfach verlängern, sondern müsste eine neue ausstellen. Das würde aber bedeuten, dass man an die Kraftwerke einen ganz anderen Standard anlegen müsste. Sie müssten dann so sicher sein wie Reaktoren der neuesten Generation. Kühlbecken müssten neu gebaut, Turbinen ausgetauscht werden. Das kostet Millionen, und wenn alles fertig ist, ist die Energiekrise schon vorbei. Dann ist da noch die Sache mit der "großen Sicherheitsüberprüfung". Sie wird normalerweise alle zehn Jahre durchgeführt. Als sie 2019 wieder anstand, hat man aber darauf verzichtet, weil klar war, dass die Atomkraftwerke bald abgeschaltet würden. Die müsste also nachgeholt werden, und das dauert lange. Hört man Habeck zu, entsteht der Eindruck, dass in diesem Zeitraum alles stillsteht im Kraftwerk. Mehr noch, es klingt, als würde man andernfalls die Sicherheit Deutschlands gefährden. Nach dem Motto: drei Jahre ohne Sicherheitsüberprüfung gingen noch, nach vier Jahren riskiert man ein neues Tschernobyl.

Fachleute halten das für verzerrt. Der Diplom-Physiker Ulrich Waas gehörte bis vor Kurzem der Reaktorsicherheitskommission an und hat die "große Sicherheitsüberprüfung" mitentwickelt. Er sagt, sie dauere, aber das meiste könne man am Schreibtisch erledigen. Es geht darum, zu prüfen, ob neues Wissen dazugekommen ist, das es erforderlich macht, den Reaktor umzubauen. Darum, Störfälle auszuwerten und das Handbuch anzupassen. Das meiste davon findet statt, während das Kraftwerk weiterläuft. Denn es dreht sich um grundsätzliche Dinge, um die Anlage selbst weniger. Sie wird sowieso jedes Jahr einmal geprüft, und außerdem regelmäßig zwischendurch. Würde man dabei auf ein Sicherheitsproblem stoßen, würde man sie sofort abschalten. Noch dazu mussten europäische Atomkraftwerke nach Fukushima mehrere Tests bestehen. Für die bayerischen kam beispielsweise heraus, dass nicht einmal ein Absturz eines Großflugzeugs auf die Anlagen eine Kernschmelze hervorrufen würde. Wie viel sicherer, fragt Waas, sollten sie denn noch werden?

In Sachen Genehmigung liegt die Ampel sogar falsch. Das zeigt ein Rechtsgutachten der Universität Bochum, das der Wirtschaftsrat der CDU in Auftrag gegeben hat. Die Betriebsgenehmigung erlischt nicht mal dann, wenn die Kraftwerke vom Netz gehen. Sie müssen danach nämlich noch eine Zeit lang weiterlau-

fen, bevor man sie ganz abschalten kann. Was endet, ist die Erlaubnis, Strom einzuspeisen. Die könnte die Koalition aber wieder erteilen. Dafür muss sie nur das Atomgesetz ändern. Deshalb sehen die Gutachter auch nicht, dass die Kraftwerke plötzlich viel sicherer werden müssen. Dem Standard eines Neubaus müssen nur Neubauten entsprechen.

Aber was ist mit dem Personal, fragt die Bundesregierung. Viele Leute hätten die Konzerne ja schon in den Ruhestand geschickt und die wollten doch wohl kaum von der Badeinsel zurück ans Abklingbecken. Es gibt also angeblich gar nicht mehr genug Leute, die wissen, wie man Atomkraftwerke bedient. Die Folge sei auch hier ein Sicherheitsrisiko. Wer im Atomkraftwerk gearbeitet hat, oder es noch tut, stellt das anders dar. Waas sagt, viele würden zurückkommen, wenn man ihnen nur das Gefühl gäbe, sie würden nicht verteufelt. Andreas Schultz, Teilbereichsleiter in dem schon vom Netz genommenen Atomkraftwerk Brokdorf, sieht es ähnlich. Klar sei es aufwendig, Personal zu gewinnen, sagt er. Schultz kennt aber viele, die bereit wären zurückzukommen. Er glaubt sogar, dass sie längere Schichten fahren würden, wenn es der Sicherheit Deutschlands diene. "Was die Politik als Argumente anführt, sind Scheinargumente. Wenn man es denn möchte, sind alle Probleme zu lösen."

Nun sagt die Regierung: Energie kriegen wir notfalls aus Europa, wir sind schließlich eine Solidargemeinschaft. Was das angeht, gibt es allerdings schlechte Nachrichten. Vor wenigen Tagen mahnte der EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton, Deutschland solle seine Atomkraftwerke unbedingt länger am Netz lassen. Energiepolitiker fürchten, dass Bretons Worte mit einem Problem in Frankreich zu tun haben. Das Land hinkt mit der Wartung seiner Atomkraftwerke hinterher, was mehrere Gründe hat, unter anderem die Pandemie. Viele Anlagen stehen still. Wenn sie im Winter noch nicht wieder laufen, könnte selbst in Frankreich Strom knapp werden. Die Ampel sollte also nicht darauf setzen, im Nachbarland notfalls billigen Strom einkaufen zu können. Vielmehr könnte Frankreich welchen aus Deutschland beziehen wollen. Das heißt nicht, dass hier die Lichter ausgehen, wohl aber, dass Strom noch teurer wird. "Sagen wir dann: Das ist uns egal, wir schalten die Kernkraftwerke ab?", fragt Helfrich von der CDU. "Ich will mir das nicht vorstellen. Es geht hier auch um eine Frage der europäischen Solidarität."

Die wird umso drängender, sollte Russland auch in Zukunft jede Rohstoffabhängigkeit ausnutzen. Viele Fachleute sind überzeugt, dass Gas als Brückentechnologie für die Energiewende ausfällt. Bleiben noch Kohle und Atomkraft als Energieträger. Einer davon

hat wenig mit Klimaschutz zu tun. Setzt man nun auf Atomkraft, müsste man die Laufzeiten für Jahre verlängern, neue Brennstäbe besorgen und Personal ausbilden.

Dann wäre da noch die Frage, was Energie kosten soll. Schon jetzt diskutieren sie in der Ampel, was man gegen die Rohstoffpreise tun kann. Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, hat darauf eine einfache Antwort: "Kernkraft ist die günstigste Energie, die es am Markt gibt." Sie würde den Preis stabilisieren, im Gegensatz zu Subventionen, die oft kaum helfen.

In der Wirtschaft sind sie besonders irritiert, dass die Regierung lieber alten Überzeugungen treu bleibt statt vorzusorgen. Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, sagt: "Wenn wir eine solche Notlage haben, müssen wir alle Flexibilitäten er-

halten, die wir haben. Für mich ist das wie bei einer Versicherungsprämie: Klar, die kostet was, aber im Grunde geht es darum, dass wir auf den absoluten Ernstfall vorbereitet sind." Der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn von der CDU findet es "fahrlässig", wie sie die Option Kernenergie in der Koalition wegwischen. "SPD und Grüne schieben konstruierte Sachzwänge vor, obwohl ihre Ablehnung rein politisch und ideologisch motiviert ist. Wenn im Winter Strom knapp oder richtig teuer wird, dann ist diese Bundesregierung verantwortlich. Und niemand sonst."

Im schlimmsten Fall könnte Strom doch knapp werden. Und da will die Regierung auf Atomstrom verzichten, der auch produziert wird, wenn es dunkel und windstill ist? Fachleute sind überzeugt, dass Gas als Brückentechnologie ausfällt. Bleiben Kohle und Atomkraft als Energieträger. Einer davon hat wenig mit Klimaschutz zu tun.

Neue Brennstäbe innerhalb von 15 Monaten denkbar

Betreiber stellten Ampel kürzere Lieferzeit in Aussicht

Die letzten drei am Netz verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland könnten mit den für einen Weiterbetrieb nötigen neuen Brennstäben versorgt werden: Das war das Ergebnis eines vertraulichen Treffens der Betreiber von Atomkraftwerken und Vertretern der Bundesregierung, das nach Informationen von WELT bereits am 5. März stattgefunden hatte.

Als Reaktion auf Russlands Invasion in der Ukraine und den in der Folge befürchteten Energieengpässen hatten Manager der Energiekonzerne E.on., EnBW und RWE in einem Gespräch mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums von Robert Habeck und des Ministeriums für nukleare Sicherheit von Steffi Lemke (beide Grüne) grundsätzlich bejaht, dass neue Brennelemente beschaffbar seien. Und zwar nicht kurzfristig, aber in einem überschaubaren Zeitraum.

Das geht aus einem Schreiben von Wirtschaftsstaatssekretär Patrick Graichen an die umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Anja Weisgerber (CSU), hervor, das WELT vorliegt. In dem Brief fasst Graichen das Treffen von Anfang März wie folgt zusammen: "In diesem Gespräch wurde von Seiten der Kernkraftwerksbetreiber erklärt, dass die Beschaffung von Brennstäben in der Regel 18 bis 24 Monate dauere und gegebenenfalls eine Beschleunigung auf circa 15 Monate möglich sei." Bislang betont die Bundesregierung stets die langen Lieferzeiten für Brennstäbe, die alleine schon ein unüberbrückbares Hindernis für Laufzeitverlängerungen der deutschen Kernkraftwerke darstellten. Dass eine Beschaffung auch in 15 Monaten denkbar wäre und damit ein realistischer Weiterbetrieb unter Volllast ab Mitte kommenden Jahres, rücken Regierungsvertreter in aller Regel in den Hintergrund.

Die Grünen lehnen Laufzeitverlängerungen für die Meiler Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2, die noch Strom produzieren, konsequent ab. In der SPD ist die Stimmung mehrheitlich gegen Atomkraft, allerdings gibt es bei den Sozialdemokraten aufgrund der befürchteten Energieengpässe inzwischen stellenwei-

se ein Umdenken. Der dritte Ampelpartner, die FDP, setzt sich dafür ein, die Kernkraftwerke für eine begrenzte Zeit weiterlaufen zu lassen. Die Union unterstützt diese Haltung. Dennoch waren CDU und CSU mit einem Antrag auf Laufzeitverlängerung in der vergangenen Woche im Bundestag am Veto der drei Koalitionsparteien gescheitert. Denn die FDP übte sich in Koalitionsdisziplin.

Auch bei den AKW-Betreibern ist die Bereitschaft, die drei Meiler nicht wie vereinbart zum 31. Dezember runterzufahren, begrenzt. Die Konzerne haben sich nach langen Verhandlungen mit der Bundesregierung auf den Ausstieg aus der Kernenergie eingestellt. Unter anderem wurde das dafür nötige Personal abgebaut oder an anderer Stelle eingesetzt. Die Sicherheitsprüfungen, die bei Atommeilern regelmäßig vorgenommen wurden, wurden aufgeschoben und müssten nachgeholt werden. Zudem ist die Frage offen, wer die Sicherheitsrisiken bei einem Weiterbetrieb trägt. Die Abgesandten des Wirtschafts- und Umweltministeriums hörten also bei dem Treffen am 5. März die erwartete Botschaft von den Energiemanagern: Skepsis und wenig Bereitschaft, die Meiler für einen Betrieb über das Ende von 2022 weiterlaufen zu lassen.

Allerdings hatten sich Regierungsvertreter offenbar auch an einen Lieferanten von Brennstäben direkt gewendet und dort die Antwort bekommen, dass schnellere Lieferungen möglich seien. Denn anders, als von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wiederholt betont, würde man sich bei einem Weiterbetrieb der Kernkraftwerke nicht automatisch in russische Abhängigkeit begeben, da die Brennstäbe auch von französischen oder amerikanisch-schwedischen Konzernen geliefert werden könnten.

Nach Informationen von "The Pioneer" hatte die Bundesregierung kurz nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine Ende Februar beim US-Hersteller Westinghouse, der zu den etablierten Lieferanten auch deutscher Atomkraftwerksbetreiber zählt, angefragt, ob von dort kurzfristig Brennstäbe beschaff-

bar seien. Westinghouse-Manager hätten erklärt, sogar bis Jahresende liefern zu können. Die Bundesregierung habe allerdings nach der Anfrage keine weiteren Schritte unternommen, heißt es.

Die drei verbliebenen Atommeiler verlieren ihre Betriebsgenehmigung Ende dieses Jahres. Damit sie weiterlaufen dürften, müssten neue Genehmigungen erteilt werden - das sind aufwendige Verfahren. Außerdem könnten die Anlagen mit den aktuellen Brennstäben nur noch auf halber Last, im sogenannten Streckbetrieb, gefahren werden. Technisch wäre das möglich, dann würden die Kernkraftwerke zwar weniger Strom produzieren. Aber die Zeit, bis neue Brennstäbe installiert sein könnten, wäre damit überbrückt. Im Wirtschafts- und Umweltministerium sieht man einen Streckbetrieb allerdings kritisch. In einer Analyse

der Ministerien heißt es, er führe nur zu einer Verlagerung der Stromproduktion, nicht aber zu zusätzlichen Strommengen.

CDU und CSU pochen derweil weiter auf eine Laufzeitverlängerung. "Wenn jede Kilowattstunde zählt, um die Gasverstromung zu reduzieren, dann ist es fahrlässig, drei sichere Kernkraftwerke Ende des Jahres abzuschalten", sagt CSU-Umweltpolitikerin Anja Weisgerber WELT. "Wer sich vor dem Emir in Katar verneigt, der kann auch frische Brennelemente bei unseren Partnern in Kanada oder Australien ordern. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Es wird Zeit für eine Politik ohne Denkverbote und für entschlossenes Handeln in der Krise."

"Fahrlässig, sichere Kernkraftwerke abzuschalten." - Anja Weisgerber, CSU-Umweltpolitikerin